

Bonner Regierung auf alle revanchistischen Bestrebungen gegenüber der DDR und anderen europäischen Staaten unerläßliche Voraussetzungen für Frieden und Sicherheit in Europa sind. Die von den Teilnehmern des politisch und militärisch stärksten Staatenbündnisses der Welt bekundete Entschlossenheit, jegliche gegen sie gerichtete Aggression imperialistischer Kräfte zu zerschlagen, stärkt die Zuversicht der Bürger der DDR in die Kraft und den unausbleiblichen Erfolg ihrer gerechten Sache. Diese Warnung des Politischen Beratenden Ausschusses ist geeignet, die revanchelüsteren herrschenden Kreise in Westdeutschland in die Schranken zu weisen.

Das Politbüro des Zentralkomitees der SED und der Ministerrat der DDR unterstreichen die Nützlichkeit des fruchtbaren Meinungsaustausches über die weitere allseitige Entwicklung und Verbesserung der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit der RGW-Länder. Die DDR wird im Geiste der Prinzipien und des Statuts des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe ihren aktiven Beitrag leisten, damit die Zusammenarbeit der Mitgliedsländer des RGW den höheren Aufgaben entspricht, die sich aus den neuen Problemen beim Aufbau des Kommunismus und Sozialismus unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution und angesichts der Härte des ökonomischen Wettbewerbs mit dem Kapitalismus ergeben.

Das Politbüro des Zentralkomitees der SED und der Ministerrat der DDR billigen vollständig die Tätigkeit der Delegation der DDR auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer Vertragsstaaten und auf der Zusammenkunft der leitenden Funktionäre der kommunistischen und Arbeiterparteien und der Regierungschefs der RGW-Länder. Mit tiefer Befriedigung werten sie diese Beratungen und die Beschlüsse des Politischen Beratenden Ausschusses als Ausdruck der Aktionskraft des sozialistischen Verteidigungsbündnisses, als Beweis der erstarkenden Einheit und Geschlossenheit der sozialistischen Länder.

Beschluß des Politbüros des ZK vom 19. Juli 1966